

Ausführlichere Informationen zu den Maßnahmen für den Fahrplan zur Klimaneutralität und Nachhaltigkeit Freibergs

(Anhang zur Forderung eines Fahrplans zur Klimaneutralität Freibergs bis 2035)

Verkehr

Hintergrundinformationen/Grundsätze

Da Herstellung und Nutzung von Verkehrsmitteln immer Ursache klimaschädlicher Emissionen sind, muss man zunächst versuchen, den Verkehr auf das wirklich Notwendige und Sinnvolle zu reduzieren.

Für den verbleibenden Verkehr müssen Anreize zur Zurücklegung der Wege per Rad, ÖPNV und zu Fuß geschaffen und ausgebaut werden. Im Klartext bedeutet das, dem Radverkehr und dem ÖPNV zu Lasten des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) Verkehrsraum bereitzustellen. Das betrifft auch und gerade den „ruhenden Verkehr“ (Parken). Bei ca. 50% aller PKW-Fahrten werden maximal 5 km zurückgelegt. Gerade auf den Kurzstrecken sind die Emissionen der PKW besonders hoch. Diese Strecken sind mit modernen Fahrrädern auch im bergigen Gelände gut mit dem Fahrrad zu bewältigen, wenn die Infrastruktur entsprechend ausgebaut ist.

Hindernisse und Umwege für Fußgänger, die der Bevorrechtigung des MIV dienen, müssen abgeschafft werden.

Die allgemeine Verkehrssicherheit muss durch eine wirkliche Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer gehoben werden. Der öffentliche Personenverkehr muss verbessert werden, um einen Beitrag zur CO₂-Einsparung zu leisten. Die von der Politik forcierte E-Mobilität löst allenfalls Teilprobleme des MIV, kann aber in ihrer jetzigen Form nicht zur weltweiten Klimaverbesserung beitragen, weil diese Lösungen durch Schadwirkungen an anderen Orten mehr als aufgewogen werden. Car- und Bikesharingmodelle müssen gefördert werden, weil diese weitaus wirksamer sind.

Handlungsempfehlung

Verkehrsvermeidung

Unnötige Verkehrsströme müssen durch die Belebung der Innenstadt, Verzicht auf jegliche Neuausweisung von Ladengeschäften/Märkten im Außenbereich, durch kurze Behördenwege und Online-Behörden sowie die Förderung regionaler Vertriebswege (Regionalmärkte, nicht nur auf dem Obermarkt) vermieden werden. Verkehrsvermeidung bedeutet auch den Verzicht auf nicht notwendige, überdimensionierte und neuen Kraftverkehr anziehende Verkehrsprojekte. Ortsumfahrungen, Beschleunigungsstrecken, Spurzahlerhöhungen und großzügige Fahrbahnverbreiterungen verursachen im Bau und im Betrieb erhebliche klimaschädliche Emissionen und Ressourcenverbräuche und zerstören ohnehin knappen Naturraum.

Warum nicht einmal Haushalte ohne PKW als Stadt belohnen z.B. durch Tickets für ÖPNV, Bahn; Gutschein Fahrradcheck, Eintritt Johannisbad...? (diese Haushalte ersparen der Stadt erhebliche Kosten)

Verkehrsraumgestaltung

In der Stadt und im Umland dominieren immer noch Verkehrskonzepte aus der Windschutzscheibenperspektive. Kreuzungen werden „autogerecht“ ausgebaut, Kreisverkehren fehlen

geschützte Rad- und Fußwegquerungen. Hier muss dringend umgesteuert werden, wenn Fortschritte im Klimaschutz erreicht werden sollen. Tempo 30-Zonen vermindern nicht nur Unfallzahlen und deren Folgen, auch die gegenseitige Wahrnehmung im Verkehrsraum und der Verkehrsfluss werden verbessert. Außerdem sinken der Lärmpegel, die Verkehrsemissionen und die Gefahr durch riskante Überholmanöver.

Radverkehr

Der Fahrradverkehr ist die am einfachsten zu entwickelnde klimafreundliche Alternative zum MIV. Deshalb muss die Infrastruktur dafür massiv ausgebaut werden: Radwegen und geschützten Radspuren kommt bei der Verbesserung der Verkehrssicherheit eine zentrale Rolle zu. Wo dies objektiv unmöglich ist, müssen Radspuren auffällig markiert werden, ebenso in Kreuzungsbereichen und bei Radwegquerungen.

Die sich aus den neuen Abstands-, Markierungs- und Beschilderungsregeln ergebenden Möglichkeiten sind umgehend für eine Förderung des Radverkehrs zu nutzen. Die Freigabe von Einbahnstraßen für den Radverkehr muss fortgesetzt werden.

Die Stadt sollte Vorreiterrolle für Jobrad einnehmen (<https://www.jobrad.org>)

Der durch die verstärkte Nutzung des E-Bikes und die Entwicklung modernerer klassischer Räder zu erwartende Zunahme - aber auch Beschleunigung - des Radverkehrs muss in der Verkehrsentwicklung Rechnung getragen werden.

Fußgängerverkehr

Nur wenn Fußwege als sicher, gut nutzbar und zielführend wahrgenommen werden, wird eine Verlagerung kurzer PKW-Wege auf den Fußverkehr gelingen. Dies ist auch für die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger wichtig, denn nur unbeschwertes zu-Fuß-Gehen fördert auch Entspannung und Erholung.

Vielerorts lässt der Wegezustand zu wünschen übrig, ganze Straßenzüge im Außenbereich haben gar keine oder nur abschnittsweise Fußwege (z.B Münzbachtal, Löbnitzer Str.). Hier ist dringend Abhilfe zu schaffen.

Unter dem Vorwand der Verkehrssicherheit werden Fußgängern in Freiberg oft Umwege zugemutet, damit der Straßenverkehr „ungestört“ rollen kann, ein typisches Beispiel ist der Rote Weg (Kreuzung Turnerstr.). Derartige Umwege gehen meist mit aus Sicht des Fußgängers verschlechterter Vorrangsituation einher und werden – weil als ungerecht wahrgenommen – oft auch über gefährliche Abkürzungen ignoriert.

Häufig ist auch die Freigabe von Fußwegen für den Radverkehr kontraproduktiv – wieder typisch am Roten Weg: der freigegebene Weg führt direkt vor die Kita, so dass Kinder unnötig gefährdet und in ihrer Bewegung eingeengt werden. Dabei hätte eine Verringerung der hier großen Gehwegbreite Raum für eine Radspur eröffnet. Generell dürfen Fußwege nur dann für den Radverkehr freigegeben werden, wenn das deren Gestaltung und Nutzung ermöglicht, ohne Fußgänger zu behindern. Der Grundsatz – besonders auf Parkwegen u.ä. - muss sein, dass Fußgänger diese unbehelligt und ohne ständige Vorsicht benutzen können.

Dringend veränderungsbedürftig sind Straßenquerungen. Es fehlt an Zebrastreifen, vor allem vor Schulen und Kitas, Ampelphasen sind z.T. für Fußgänger widersinnig kurz (Platz der Oktoberopfer, Kreuzung Leipziger-/Külzstr.), so das vor allem Ältere und Kinder verunsichert werden; oft fehlen Querungsmöglichkeiten ganz („Letzter 3er“). Dies stellt auch eine gravierende Behinderung von Rollstuhlfahrenden dar, für die es zudem auch oft an wirklich funktionalen Bordsteinabsenkungen fehlt. Ebenso dauern die Grünphasen an Ampeln meist für Fuß- und Radverkehr ohne ersichtliche Gründe nur Bruchteile derer für den motorisierten Verkehr in der gleichen Richtung an.

ÖPNV

Das Angebot muss generell, gerade in den Abendstunden ausgeweitet werden; besonders schlecht ist aktuell die Situation für den Verkehr in die Umlandgemeinden. Dabei ist auch endlich eine saubere Vernetzung der Verkehrsträger, besonders Bahn/Bus am Bahnhof, nötig. Freiberg muss sich für eine Verbesserung der Bahntarife – vor allem über die Grenzen der Zweckverbände hinweg – einsetzen.

Klimafreundliche Mobilität

Die Übernahme des Bahnhofs durch die Stadt bietet die einmalige Chance für eine Vernetzung der Verkehrsträger am Mobilitätsknoten Bahnhof. Neben Verbindungen zwischen den Verkehrsträgern des ÖPNV sollten hier Anreize für eine klimafreundliche individuelle Mobilität geschaffen werden: Ausbau des Carsharings, Bikesharingmöglichkeiten, eine Fahrradselbsthilfwerkstatt und Mitfahrzentrale könnten hier angesiedelt werden. Generell muss ein Sharing-Katalog des Landkreises und der Stadt entstehen, der eine umfassende Übersicht über die vorhandenen Sharingmöglichkeiten bietet, desgleichen über Lademöglichkeiten für E-Bikes und E-Cars. Letztere können unter den gegenwärtigen realen Umständen (Gewinnung notwendiger Rohstoffe und Ausbeutung von Ressourcen in Krisengebieten und Entwicklungsländern, nicht-klimaneutrale Energieerzeugung, hoher Gesamtenergiebedarf durch große und schwere Fahrzeuge) aber allenfalls als Zwischentechnologie verstanden werden, zumal sie die Kernprobleme des MIV (z.B. Platzbedarf im Fahren und beim Parken, hoher Energie- und Ressourcenverbrauch für das Bewegen des Geräts statt des Menschen, Förderung der Zersiedelung) nicht lösen.

Landnutzung und Stadtgrün

Hintergrundinformationen

Ein schonender Umgang und nachhaltige Bewirtschaftung der Landflächen sichert die Ressourcenverfügbarkeit auf langfristige Sicht, leistet einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz und kann damit für eine lebenswerte Zukunft in der Stadt Freiberg sorgen. Freiberg mit seiner bergbaulichen Tradition und der ansässigen TU Bergakademie Freiberg, welche gern als Ressourcen-Universität bezeichnet wird, kommt eine besondere Verantwortung zum Schutz dieser Ressourcen zuteil. Unter Ressourcen sind keineswegs nur Bodenschätze zu verstehen, sondern vor allem auch ökologische Güter, deren Bedeutung mehr denn je wächst. Boden, Wasser und pflanzliche Biomasse als Lebensgrundlagen müssen oberste Priorität genießen.

Nachweislich erhöht Grün, insbesondere Baumbestände die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen. Dem entgegen wirken der Verlust von Stadtgrün, Lärm und Schadstoffbelastungen, welche in Freiberg von der besonderen infrastrukturellen Situation, insbesondere durch den Verkehr, ausgehen. Diese Konfliktsituationen gilt es unter verhältnismäßiger Herangehensweise anzugehen und nach Möglichkeit eine Vorreiterrolle, welche Freiberg als innovativem Standort gerecht wird, einzunehmen.

Handlungsempfehlung

Wälder:

Nachhaltige Wald- und Forstwirtschaft nach Vorbild des schon im 18. Jhd. in Freiberg wirkenden Hans-Carl von Carlowitz. Durch einen vielfältigen artenreichen Bestand im Gebiet des Stadt- und des Fürstenwaldes kann ein Massensterben des Waldes in Zukunft verhindert werden. Monokulturen können diesen neuen Standard nicht mehr leisten. Ein artenreicher standort- und witterungsgerechter Mischwald ist zu etablieren. Erhöhung des Totholzanteils in Freiburger Wäldern auf 50 m³/ha. Das ermöglicht die Kohlenstoff-Bindung vor Ort, sorgt für Revitalisierung des Waldbodens und bringt eine positive Wirkung auf die Biodiversität. Durch die Beseitigung von Gräben und Drainagen können Vernässungsflächen wiederhergestellt werden. Sumpf- und Mooregebiete sind die effektivsten Kohlenstoffspeicher aller Landlebensräume. Eine Kooperation mit der Forstbetriebsgemeinschaft Freiburger Land-Erzgebirge (FBG) ist erforderlich.

Baumschutzsatzung:

Erfassung und Erhalt, wenn nicht gar Erhöhung von pflanzlicher Biomasse im Stadtbild. Von Fällungen ist abzusehen beziehungsweise ist im unbedingt notwendigen Fall für erweiterten Ausgleich (Biomassebezogener Ausgleich: ein neu gepflanzter junger Baum kann keinen 150 Jahre alten Baum ersetzen) auf dem Stadtgebiet zu sorgen. Fällungen sind anzumelden und müssen genehmigt werden. Im Stadtzentrum ist mehr Grün erforderlich.

Baumkataster:

Einrichtung eines öffentlich zugängigen städtischen Baumkatasters und regelmäßige Kontrolle der Stadtbäume, um einen Gehölzschutz zu erreichen und die Bestände langfristig zu sichern (Prävention vor Krankheiten und Beeinträchtigungen, sowie Kontrolle der Einhaltung der verschärften Baumschutzsatzung). Dafür sind neue Stellen erforderlich und zu schaffen.

Mobile Grünanlagen:

Stichwort „City trees“. Diese sorgen für klimabedingte Anpassung und verbessern das Stadtklima, sowie die Luftqualität.

Rasenflächen:

Im öffentlichen Raum wird nackter Boden auf ungenutzten Flächen durch Bepflanzung bzw. Aussaat beseitigt. Pflanzgruben im Straßenraum werden vergrößert, um Bäumen mehr Raum zu geben, damit deren Vitalität zu sichern und werden begrünt statt stets durch Pflege offengehalten (Verdunstungsschutz, Erhöhung der photosynthetisch aktiven Biomasse und ästhetischer Mehrwert). Blühwiesen mit ein- bis max. dreimaliger jährlicher Mahd (Verlängerung des Mahdintervalls) können mehr CO₂ binden und erfüllen zudem -neben der Rolle als wichtiges Ökosystem- einen ästhetischen Effekt. Bindung der während Mahd anfallenden Biomasse an die Verpflichtung zur Bioenergie-Erzeugung. Streuobst auf städtischen, kommunalen und Flächen der Wohnungsgenossenschaften fördern (Stichwort: „essbare Stadt“).

Bodenschutz:

Der Boden ist Basis für jegliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und erfordert daher besondere Anstrengungen zur dauerhaften Sicherung gegen Erosion, Auslaugung, Überdüngung, Sterilisierung und Verschlammung. Die industrielle und konventionelle Landwirtschaft kann diesen Beitrag nicht leisten und gefährdet auf Dauer die Nahrungssicherheit. Konservierende Landwirtschaft muss sich aus langfristiger Sicht

etablieren, um die Versorgungssicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Daher wird bei Neuvergabe nach Ablauf der Pachtverträge eine solche Bewirtschaftung vorausgesetzt.

Versiegelung:

Die *Versiegelungsrate* muss minimiert werden (und bis 2035 auf 0 km²/Jahr), denn diese beeinflusst das Lokalklima in erheblichem Maße. Zudem zerschneiden Verkehrswege die Landschaft. Neuausweisung von Einfamilienhaussiedlungen vermeiden (Stadtverdichtung vor Stadtdehnung). Leerstand im städtischen Bereich ist entgegenzuwirken. Anreize müssen geschaffen werden, dass vorhandene Bausubstanz (insb. im Innenstadtbereich) wiederbelebt und zum Wohnen genutzt wird. Der Komplettausgleich der Neuversiegelungen ist zu verankern (Flächenzertifikate). Daher sind Baugenehmigungen nur noch zu erteilen, wenn im gleichen Ausmaß eine Entsiegelung zu gewährleisten ist. Steingärten sind zu verbieten. Kontrolle der Umsetzung wird erforderlich.

Der *Versiegelungsgrad* ist zu minimieren. Beispielsweise auf Parkplätzen (Rasengittersteine statt Vollversiegelung), Dachbegrünung bei Fachdach-Bebauung vorschreiben. Außerdem sind Anreize für vertikale Wandbegrünung zu schaffen (v. a. an Gebäuden mit tristen und nach außen funktionslosen hohen Wänden, bspw. Gewerbehallen oder im Innenstadtbereich Hörsaalzentrum des Schlossplatzquartieres). In solchen Fällen ist die Bindung an Begrünung bei Erteilung der Baugenehmigungen einzufordern.

Versiegelungs- und Brachflächenkataster:

Erfassung des Ist-Zustandes von ungenutzten versiegelten Flächen. Entsiegelung oder wenigstens Nutzungsüberführung dieser Flächen ist zu erreichen.

Hilfe bei der Umsetzung

Neben der Möglichkeit unsere Initiative in den Umsetzungsprozess einzubinden, können folgende Einrichtungen genutzt werden:

- **Biodiversitätskonzeption für Sachsen**

http://johanneslichdi.de/fileadmin/user_upload/Publikationen_ab_7-12/Biodiv-Konzeption15-10-13.pdf

Dieses von Naturschutzexperten ausgearbeitete Konzept bietet detaillierte Handlungsempfehlungen, fand auf Landesebene bis jetzt noch eine zu geringe Beachtung.

- **Projekt „StadtKlimaWandel“**

Stadtgrün:

https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/Stadtklimawandel/101203_nabuinfo_pflanzen_schatten_wasser.pdf

Fassadenbegrünung:

https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/Stadtklimawandel/090814_nabu_infoblatt_fassadengruen.pdf

Dachbegrünung:

https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/Stadtklimawandel/090814_nabu_infoblatt_gruendach.pdf

Der NABU informiert über Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas im Rahmen des Projektes des Umweltbundesamtes.

- **BIOPROTECT**

<https://tu-dresden.de/bu/umwelt/forst/wb/waldschutz/forschung/forschungsprojekte/laufende->

[projekte/bioprotect](#)

Projekt an der TU Tharandt zum naturnahen Waldumbau.

- **Flächenzertifikate**

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/flaechensparen-boeden-landschaften-erhalten/handel-flaechenzertifikaten#modellprojekt-handel-mit-flaechenzertifikaten>

Im Rahmen eines Modellprojekts des Umweltbundesamtes wurde festgestellt, dass der Handel mit Flächenzertifikaten ein wirksames Mittel zur Reduzierung des Flächenverbrauchs sein kann.

- **Flächenkreislaufwirtschaft**

https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2004undFrueher/FlaecheImKreis/01_Start.html?docId=427618¬First=true#doc427618bodyText1

Experimenteller Wohn- und Städtebau ExWoSt beschäftigte sich mit dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung als Mittel zur Reduzierung des Flächenverbrauchs.

- **REFINA**

<https://refina-info.de/de/index.html>

Projekt und Ergebnisse der Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement.

- **Bund-/Länder- Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO)**

https://www.labo-deutschland.de/documents/UMK-Bericht_98a.pdf

Bericht zu Handlungsempfehlungen zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme.

- **Pflege von Grünflächen**

<https://sachsen.nabu.de/tiereundpflanzen/insektenundspinnen/19629.html>

Im Projekt „Puppenstuben gesucht“ macht der NABU Sachsen auf die Bedeutung des Lebensraums Wiese aufmerksam.

<https://www.saechsischer-heimatschutz.de/initiative-sachsen-blueht.html>

Ähnlich die Initiative „Sachsen blüht“.

- **Essbare Stadt**

https://www.andernach.de/de/leben_in_andernach/essbare_stadt.html

Urban Gardening-Projekt nach Vorbild zahlreicher deutscher Städte, wie u. a. Andernach, welche ähnliche Grundvoraussetzungen wie Freiberg aufweist. Aber auch in Darmstadt als Partnerstadt von Freiberg, mit der ein Austausch initiiert werden könnte, oder in Städten der Region, wie Dresden und Chemnitz, gibt es ähnliche Projekte.

- **Ökologische Landwirtschaft**

<https://institut-fuer-welternaeherung.org/vorreiter-sikkim-ein-indischer-bundesstaat-auf-der-oekologischen-ueberholspur>

Dass es möglich ist, in einer Gemeinde komplett auf ökologische Landwirtschaft zu setzen, zeigt das Beispiel des indischen Bundesstaates Sikkim.

Beschaffung

Hintergrundinformationen

Die öffentliche Hand hat ein geschätztes jährliches Auftragsvolumen von 300 Milliarden Euro und somit eine enorme Verantwortung und Vorbildfunktion. In einer Welt in der der Klimawandel immer weitreichendere Konsequenzen für die Bevölkerung annimmt und die Armut auch im 21. Jahrhundert noch zu massiven Mangelversorgungen führt, ist es wichtig Produkte nur noch unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten zu beschaffen. Menschen, egal wo auf der Erde, brauchen eine zukunftsfähige Perspektive für ihre Familien, Fluchtursachen müssen bekämpft werden, Bildung für Kinder gilt es sicherzustellen und existenzsichernde Löhne hat jeder verdient.

Auch die Stadt Freiberg steht hier in der Verantwortung Mindeststandards zu einem besseren gemeinsamen miteinander einzuhalten. Wir fordern zeitnah, so nicht bereits vorhanden, eine Auflistung zu erstellen, welche alle Produkte die von der Bergstadt bezogen werden auflistet. Somit kann evaluiert werden in welchen Bereichen bereits nach nachhaltigen Gesichtspunkten beschafft wird und in welchen Feldern es noch Handlungsbedarf gibt.

Handlungsempfehlung

Für den Anfang empfehlen wir eine nachhaltige Beschaffung bei folgenden Produkten:

Recyclingpapier:

Recyclingpapier kann uneingeschränkt für sämtliche Verwendungen und Druckverfahren in der Verwaltung eingesetzt werden. Für seine Herstellung müssen keine Bäume gefällt werden und es werden nur ca. 50% der Energie sowie maximal ein Drittel der Wassermenge verbraucht, die für Frischfaserpapier gebraucht wird. Die Verwendung von Recyclingpapier ist damit 3-fach klimawirksam: es werden Wälder als CO₂-Senker geschont, weniger Energieverbrauch bedeutet auch weniger Abwärme- und Treibhausgasemission und ein geringerer Wasserverbrauch ist eine sinnvolle Reaktion auf die schon zu spürenden Klimaveränderungen.

Recyclingpapier erreicht auch die höchste Lebensdauerklasse (LDK 24-85) und ist somit für zu archivierende Schriftstücke uneingeschränkt verwendbar. (Quelle: Umweltbundesamt). Mit Hainsberg Papier existiert auch ein sächsischer Hersteller, der handelsübliche Büropapiere in allen Weißgraden als Recyclingpapier liefern kann. Soweit der Einkauf über einen Büromaterialanbieter erfolgt, sollte es möglich sein, über diesen Recyclingpapier in allen benötigten Qualitäten zu bestellen.

Pflastersteine:

Regionale Steine erhalten den Vorzug vor Importen aus Ländern wie China und Indien. Lange Transportwege und ausbeuterische Arbeitsbedingungen können so vermieden werden, zudem wird die regionale Wirtschaft gefördert.

Durch den Einkauf fair gehandelter Produkte können verbesserte soziale Bedingungen in den Herkunftsländern geschaffen werden. Diese sind vielfältig klimawirksam:

- die Produzenten sind aufgrund ihrer Armut oft gezwungen, klimaschädliche Koch- und Heizverfahren anzuwenden (offene Holzfeuer) und erzeugen benötigte

Elektroenergie meist mit unwirtschaftlichen, stark schadstoffemittierenden Generatoren – mit besserer Bezahlung können sie in die Nutzung meist gut verfügbarer regenerativer Energiequellen und in schadstoffärmere Technik investieren und ihren Lebensstandard verbessern

- durch eine bessere Bezahlung können die Produzenten auch beim Anbau die Einflüsse auf das Klima verringern: wassersparende Investitionen sind besonders bei wasserintensiven landwirtschaftlichen Produkten (Kaffee, Reis, Baumwolle) wichtig
- durch eine höhere Bezahlung haben die Produzenten auch bessere Bildungschancen, damit werden sie besser in die Lage versetzt, eigenverantwortlich Anbau- und Produktionsmethoden klimafreundlicher zu gestalten. Außerdem sind Bildung und eine soziale Perspektive der Schlüssel zur Eindämmung der Bevölkerungsexplosion. Gerade in den vom Klimawandel am stärksten betroffenen Ländern, meist sind dies die Ärmsten, ist die immer schnellere Bevölkerungszunahme Ursache von Konflikten und Fluchtbewegungen, die oft die vorhandene Wirtschaftsstruktur völlig zerstören.

Kaffee:

Eines der beliebtesten Getränke der Deutschen ist in fast jedem Büro zu finden. Leider sind die Arbeitsbedingungen oftmals kritisch. Eine Lösung ist fair gehandelter Kaffee, dieser kann zudem als Segelkaffee bezogen werden, wodurch 90% Kohlenstoffdioxid beim Transport eingespart werden können.

Bälle:

Im pakistanischen Sialkot werden 75% aller Bälle gefertigt. Von mehreren hundert Fabriken gibt es etwa ein halbes Dutzend, die unter fairen Bedingungen produzieren. In einigen anderen Kommunen, wie etwa in Leipzig, gibt es bereits Beschlüsse des Stadtrats Bälle für Kitas und Schulen zu sozial verträglichen Bedingungen zu beziehen.

Arbeitsbekleidung:

Textilien legen bis zu 20.000 km zurück ehe sie zum Verkauf angeboten werden, dabei verursacht bereits die Produktion einfacher T-Shirts enorme Umweltschäden. Der Ausstoß an Kohlenstoffdioxid beträgt zwischen 2 und 11 kg und der Wasserverbrauch gar 2.000-20.000 Liter allein für den Anbau der Baumwolle. Hinzu kommen miserable Anbaubedingungen in den Erzeugerländern. Beim Kauf der Arbeitskleidung muss deshalb auf glaubwürdige Siegel zurückgegriffen werden, auch gilt es die Textilien möglichst lang zu nutzen.

IT-Produkte:

IT-Produkte beinhalten eine Vielzahl von verschiedenen Komponenten. Die negativen Folgen für Umwelt und Arbeitskräfte sind hinlänglich bekannt. Alternativen gibt es aufgrund der Komplexität der Lieferketten bislang kaum, weswegen die Notwendigkeit der Beschaffung neuer IT-Produkte geprüft werden muss und auf eventuell verfügbare Gebrauchsgüter zurückzugreifen ist. Produkte die unter nachhaltigen Kriterien beschafft werden können, wie etwa Diensthandy oder Computermäusen, sind als solche zu beziehen. Zudem ist beim Kauf auf die Reparierbarkeit der IT-Produkte zu achten.

Generell gilt Produkte möglichst regional zu beziehen, um lange Transportwege zu vermeiden, als Nebeneffekt wird hierdurch die regionale Wirtschaft gestärkt. Darüber hinaus gilt es einmal beschaffte Güter möglichst lang zu nutzen.

Hilfe bei der Umsetzung

Für die Umsetzung der einzelnen Punkte bietet unsere Initiative gerne ihre Hilfe an. Darüber hinaus können wir folgende Möglichkeiten der Informationsbeschaffung empfehlen:

1. Kompass Nachhaltigkeit:

www.kompass-nachhaltigkeit.de

Die Internetseite bietet umfangreiche Informationen zur nachhaltigen Beschaffung, darunter Praxisbeispiele aus anderen Kommunen sowie eine Auflistung von Produkten und deren Nachhaltigkeitskriterien. Rechtliche Rahmenbedingungen für die einzelnen Bundesländer werden hier ebenfalls erläutert.

2. Umweltbundesamt:

www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/umweltfreundliche-beschaffung

Die Bundesbehörde bietet Empfehlungen für Ausschreibungen und Vergabeverfahren.

3. FEMNET:

Der Verein FEMNET bietet Beratung für Kommunen die eine nachhaltigere Beschaffung anstreben. Aktuell nimmt etwa die Kommune Markkleeberg im Bereich der Arbeitskleidung diese Möglichkeiten war.

4. Servicestelle Kommunen in einer Welt:

<https://skew.engagement-global.de/rechtsberatung-bei-vergaben.html>

Diese Institution berät bei konkreten Ausschreibungen, damit diese rechtlich nicht anfechtbar sind, wenn soziale und ökologische Kriterien aufgenommen werden.

Handel und Konsum

Hintergrundinformationen

Im Bereich Handel und Konsum gibt es Ressourcen, um klimafreundlicher und nachhaltiger zu wirtschaften, z. B. im Bereich Lieferketten, Energieversorgung, Abfall und Recycling, Produkte. Dafür ist sowohl auf Seiten der Geschäfte und Gewerbe als auch auf Seiten der Kunden Öffentlichkeitsarbeit bedeutsam. Das muss auch Aufgabe der Stadt sein. Um Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu vereinbaren, kann die Stadt positive Anreize setzen und einen Austausch im Gewerbe unterstützen.

Handlungsempfehlung

- Amt für Nachhaltigkeitsförderung aufbauen
- Initiierung eines Nachhaltigkeitsrates aus Menschen von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivil
- Vernetzung mit anderen nachhaltigen Städten

- Ansiedeln von Reparatur- und Gebrauchtgütergewerbe fördern:
 - Repairorte für Fahrräder, Handys zur einfachen Nutzung
 - Kooperation mit Wertstoffhof (Anregung zur Sammlung funktionsfähiger Geräte zur Wiederverwendung/Reparatur)
- Bewusstseinsbildung, mehr Öffentlichkeitsarbeit
 - Bsp: Aktion Bio-Brotbox für Erstklässler“ der Stadt Metropolregion Nürnberg
 - Stadt fördert Mikroprojekte zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (am Beispiel Neumarkt)
 - Aktionstage zum Thema Nachhaltigkeit
- Vernetzung von Gewerbe mit dem Ziel, nachhaltiger zu wirtschaften
- Anreize für Nachhaltigkeit setzen: Preisvergabe an nachhaltigstes Geschäft Freibergs
- Nachhaltigkeit als Kriterium für Preisvergabe bspw. beim Gründerwettbewerb aufnehmen

Hilfe bei der Umsetzung

- Amt für Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeitsrat:
 - <https://www.neumarkt.de/rathaus-buergerservice/aemter-und-dienstleistungen/aemter-staedtische-einrichtungen/wirtschaft-und-finanzen/amt-fuer-nachhaltigkeitsfoerderung/>
 - <https://www.freiburg.de/pb/206092.html>
- Vernetzung von klimafreundlichen Stadtideen:
 - <https://www.greencity.de/verein/>